

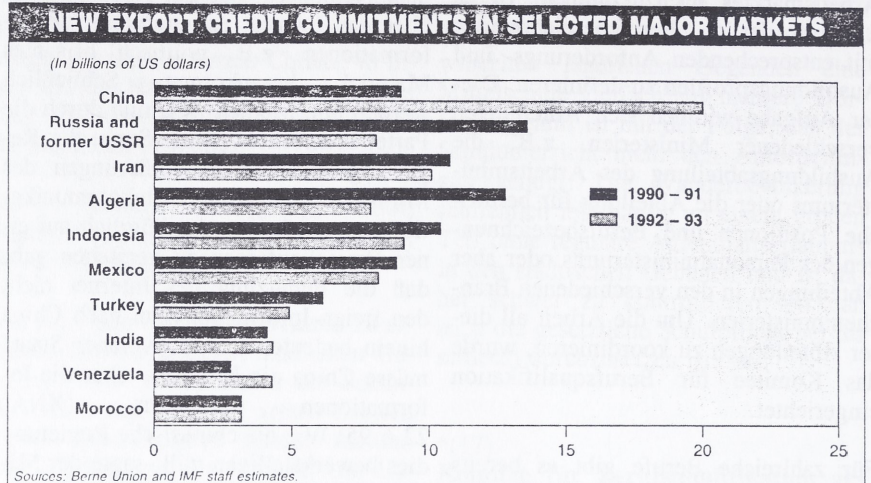
China. Nur durch Diversifizierung, so beispielsweise der Präsident der Sinochem (China National Chemicals Import & Export Corp.), Chinas größtes Erdöl- und Chemiehandelshaus, könnten chinesische Unternehmen international konkurrenzfähig sein. Hierbei wird an den relativ leichten Zugang von Unternehmensgruppen zu Bankkrediten, zur Notierung an der Aktienbörse und zu Industrie- und Handelssparten gedacht, die Eintrittsbarrieren aufweisen.

Durch Zusammenschlüsse von Unternehmen hofft man derzeit in Shanghai, rd. 10 international wettbewerbsfähige Mischkonzerne zu bilden, die jeweils ein Umsatzvolumen von 1,2 Mrd. Yuan im Jahre 1997 aufweisen können. Für Lu Ji'an, Vorsitzender der Shanghai Automobile Industry Cooperation, besteht der Vorteil von Mischkonzernen darin, daß sie einen Machtfaktor darstellen und große Entscheidungsfreiräume haben.

An der Spitze der derzeitigen Unternehmenshierarchie stehen in China einige nationale Handelsunternehmen, die ebenfalls wie Sinochem Mischkonzerne werden wollen. Zu den Großunternehmen, die ihre internationalen Aktivitäten stark ausgeweitet haben, zählen z.B. China National Metals & Minerals sowie China National Cereals & Oils Imports and Exports Corp.

Hintergrund des großen Interesses an Unternehmenszusammenschlüssen ist die erwartete Verschärfung der Konkurrenzbedingungen bei einem Beitritt Chinas zum GATT (bzw. zur WTO). So besteht die Befürchtung, daß ausländische Unternehmen die staatlichen Großunternehmen schlucken könnten. In Japan dagegen, so der Leiter der Forschungsabteilung beim MOFERT, hätten Mischkonzerne wie Mitsui oder die Mitsubishi-Gruppe erfolgreich der ausländischen Konkurrenz standgehalten. An diesem Vorbild müsse sich auch China orientieren.

Sinochem, das von der Zeitschrift *Fortune* bereits als 26. größtes Unternehmen weltweit eingestuft wurde, hat bereits beachtliche Fortschritte in Richtung Mischkonzern unternommen. Viel beachtet wurde der Kauf einer Bank vor einiger Zeit, die früher zum Außenhandelsministerium gehört hatte und in die Sinochem rd. 200 Mio. US\$ investieren will. Weiterhin hat Sinochem eine Schifffahrtslinie aufgekauft mit einer Frachtkapazität von rd. einer halben Mio. t und ein Unternehmen für Binnenschifffahrt und bemüht sich um den



(Quelle: SCMP, 18.6.1995)

Aufbau einer Einzelhandelskette. Das Volumen der Investitionen in Industrieprojekte im In- und Ausland beläuft sich auf rd. 1 Mrd. US\$, insbesondere im Bereich Erdölprodukte und Chemiedünger. Selbst ein Filmstudio in Shanghai zählt inzwischen zum Konzern.

Die Auslandsaktivitäten von Sinochem sind ebenfalls beachtlich. Im letzten Jahr verdiente das Unternehmen rd. die Hälfte bzw. 6,7 Mrd. US\$ der Umsatzerlöse im Ausland, vor allem Joint Venture-Unternehmen im Erdöl- und Chemiesektor. (AWSJ, 20.6.1995) -schü-

* (20) Starker Anstieg der Exportkredite für China

In einem Bericht des Internationalen Währungsfonds (IMF) wird darauf hingewiesen, daß die Zunahme der Auslandsinvestitionen und des Außenhandels von einem gleichfalls hohen Anstieg der Exportkredite begleitet wurde, die China vom Ausland erhalten hat.

In der Studie des IMF ("Officially Supported Export Credits") wird die Entwicklung der Exportkredite für China als besonders bemerkenswert hervorgehoben. Zum überwiegenden Teil sei diese Zunahme auf die Ausweitung der Nachfrage in Verbindung mit den hohen Wachstumsraten der Wirtschaft und der Erhöhung der Investitionsquote zurückzuführen.

Wie die Abbildung zeigt, war China der wichtigste Empfänger von Exportkrediten im Jahre 1993, und auch 1994 sollen sich die Exportkredite vergleichbar entwickelt haben.

Bis Ende September letzten Jahres belief sich die Vergabe von Exportkrediten an China auf ein Volumen von 35 Mrd. US\$, das war das Doppelte des Niveaus zwei Jahre zuvor. Nach Einschätzung des IWF war der chinesische Markt sehr umkämpft, und die Subventionierung der Kredite durch gebundene Entwicklungshilfekredite sei nach wie vor ein wichtiger Faktor gewesen.

Insgesamt haben sich nach Angaben des IWF die Exportkredite mit dem Anstieg des Welthandels auch stark erhöht. Zwischen 1988 und 1993 verdreifachten sich die Kreditzusagen weltweit von 24 Mrd. US\$ auf rd. 70 Mrd. US\$. Hinter dieser Entwicklung steht nach Einschätzung des IWF eine aggressivere Exportförderung vieler Regierungen. (SCMP, 18.6.95) -schü-

Binnenwirtschaft

* (21) Ergebnis der Bank of China 1994 enttäuschend

Ein Gewinnanstieg im letzten Jahr von 22,5% bei der Bank of China, einer der vier Spezialbanken in China, ist nach Meinung der Analysten nicht beeindruckend. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß 3,19 Mrd. Yuan von 12,06 Mrd. Yuan Gewinn auf die Abwertung des Yuan um 33% im letzten Jahr zurückzuführen sind. Vernachlässigt man diesen außerordentlichen Gewinn, ergibt sich eine Steigerung von nur 10%. Gründe dafür sehen Analysten in dem Druck, der durch die Regierungspolitik weiterhin auf die

Banken ausgeübt wird. So werden die Banken veranlaßt, einen Teil ihrer Kredite mit Zinsen unter der Inflationsrate an marode Staatsbetriebe zu vergeben. Oftmals stehen einer Inflationsrate (Verbraucherpreise) von ca. 20% Kredite mit 11% Verzinsung gegenüber. Daneben wurde die Vergabe neuer Kredite von der People's Bank of China, der chinesischen Zentralbank, beschränkt, um die Ausweitung der Geldmenge zu dämpfen. Außerdem wird von den Banken erwartet, daß Sparzinsen nahe der Inflationsrate gezahlt werden. Dies macht es den chinesischen Banken unmöglich, gewinnbringend zu arbeiten. (SCMP, Business Post, vom 07.06.95) -schü-

*(22)

Weitere Reformen des Banksektors angekündigt

Wang Xuebing, Präsident der Bank of China, kündigte weiterführende Reformen des Finanzsystems in diesem Jahr an. Auf der International Monetary Conference in Seattle im Juni 95 ließ er verlauten, daß China weitere Anstrengungen unternommen wird, die Unabhängigkeit der Zentralbank (People's Bank of China) herbeizuführen. Es ist geplant, 10 weitere Städte, darunter Beijing, für Auslandsbanken zu öffnen. Die Richtlinien für Aktien- und Rentenmärkte sollen verstärkt werden. (SCMP, Business Post, 07.06.95; HB, 12.06.95) -schü-

*(23)

Maßnahmen gegen Mißbrauch von Finanzmitteln für landwirtschaftlichen Ankauf

Anfang Juni dieses Jahres veröffentlichte die Nachrichtenagentur Xinhua das Rundschreiben des Staatsrates zur Verwaltung der Finanzmittel für den Ankauf von Getreide, Baumwolle und Speiseöl. Das Rundschreiben war gemeinsam von der Zentralbank, dem Finanzministerium, dem Ministerium für Binnenhandel, der Landwirtschaftsbank (ABC), der Landwirtschaftlichen Entwicklungsbank und der Verwaltung für die staatliche Getreidereserve erarbeitet worden.

Das Rundschreiben weist auf Mängel in der Verwaltung der Mittel für den Ankauf hin. Um einen Mißbrauch der Mittel zu unterbinden und sicherzustellen, daß den Ankaufsstationen Bargeld zur Verfügung steht, stellt das Rundschreiben folgende Forderungen auf:

1. Das bestehende System der Verantwortlichkeit für das Angebot und die Verwaltung von Finanzmitteln für Getreide, Baumwolle und Speiseöl durch verschiedene Ebenen und Behörden unter einheitlicher Leitung der Lokalregierung soll weiterhin bestehen bleiben. Die Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte sollen ein Verantwortlichkeitssystem einführen, bei dem die Gouverneure direkt verantwortlich für den Ankauf von Getreide, Baumwolle und Speiseöl sind. Unter der einheitlichen Leitung der Lokalregierungen müssen die Finanzabteilungen, Banken, etc. für die fristgerechte Bereitstellung der Mittel für den Ankauf garantieren und dafür, daß die Mittel nicht mißbräuchlich eingesetzt werden. Müssen den Bauern aufgrund der unzureichenden Bereitstellung von Finanzmitteln oder ihres Mißbrauchs Berechtigungsscheine (anstelle von Bargeld) beim Ankauf ausgestellt werden, sind Untersuchungen gegen die Verantwortlichen einzuleiten.

2. Der Umfang der für andere Zwecke mißbräuchlich verwendeten Finanzmittel soll ermittelt und dies Geld zurückgefordert werden. Bei Ankaufskrediten, die den Umfang der verbrauchten Getreide-, Baumwoll- und Speiseölereserven übersteigen, soll die Lokalregierung die Konten überprüfen und feststellen, wohin die Mittel geflossen sind, die Verantwortlichen ermitteln und die Finanzmittel zurückfordern. Sollten die für den Ankauf bestimmten Mittel anderweitig verwendet sein, müssen die Lokalregierung und die betreffenden Ankaufsgesellschaften Rückzahlungspläne vorlegen und die Kredite bis Ende August d.J. an die Landwirtschaftliche Entwicklungsbank zurückzahlen.

3. Das System der Bereitstellung der Gesamtmittel für den Ankauf und die Verwaltung dieser Mittel über bestimmte Konten soll für alle Finanzallokationen und Subventionen auf Provinzebene (und für Autonome Gebiete und regierungsunmittelbare Städte) implementiert werden. Die Lokalregierungen und die lokalen Finanzministerien müssen Maßnahmen einführen, damit die Zuteilung und Subventionierung der Getreide-, Baumwoll- und Speiseölankäufe gesichert ist. Ohne Ausnahme sollen die für den Ankauf bestimmten und von den Finanzabteilungen bereitgestellten Mittel über spezielle Konten der Landwirtschaftlichen Entwicklungsbank zur Verfügung gestellt werden.

4. Die Trennung zwischen von der Politik vorgegebenen Aufgaben und geschäftlichen Operationen soll in den Ankaufabteilungen für Getreide, Baumwolle und Speiseöl beschleunigt werden. Finanzmittel für den Ankauf dürfen nicht für geschäftliche Operationen eingesetzt und mißbräuchlich verwendete Mittel sollen zusätzlich zur Zahlung eines Strafzinses innerhalb einer bestimmten Zeit zurückgezahlt werden.

5. Die Landwirtschaftsbank und die Landwirtschaftliche Entwicklungsbank sollen stärker zusammenarbeiten bei der Übernahme der Verantwortung für die Verwaltung der Ankaufsmittel. Aufgabe der Landwirtschaftlichen Entwicklungsbank ist die Prognose des Umfangs der Ankaufsmittel, die Beschaffung und der Transfer der Mittel für den Ankauf, die Rückforderung von Überschußmitteln der Ankaufsgesellschaften und die Unterstützung der entsprechenden Banken bei der Verwaltung der Finanzmittel für den Ankauf. Die Landwirtschaftsbank muß die Bedeutung des richtigen Managements der Ankaufsmittel beachten, die entsprechenden Bestimmungen umsetzen und im Auftrage der Landwirtschaftlichen Entwicklungsbank die Mittel verwalten.

6. Die Zentralbank hat die Überwachung und Kontrolle der Ankaufsmittel zu verbessern. Dabei soll die oberste Führung der Zentralbank persönlich die Ankaufsmittel überwachen, den entsprechenden Banken die Anweisung zur Überprüfung der Konten von Ankaufsgesellschaften geben, das Management der Ankaufsmittel durch spezielle Konten verbessern und die Verwendung der Ankaufsmittel durch die Landwirtschaftliche Entwicklungsbank und die Landwirtschaftsbank kontrollieren. ...

7. Die Maßnahmen zur Verwaltung der Ankaufskredite für Getreide, Baumwolle und Speiseöl sollen verbessert werden. Unter Berücksichtigung der mengenmäßigen Veränderung der Getreide-, Baumwoll- und Speiseölereserven und der staatlich festgelegten Preise hat die Landwirtschaftliche Entwicklungsbank monatlich ihr Kreditvolumen anzupassen. ...

8. Die Verwaltung der Getreide-, Baumwoll- und Speiseöl-Ankaufsmittel muß verbessert werden. Unternehmen, die

Aktivitäten im Ankauf, in der Allokation und in der Lagerung dieser landwirtschaftlichen Produkte durchführen, dürfen nur Konten bei der Landwirtschaftlichen Entwicklungsbank haben und müssen sonstige Konten bei anderen Banken schließen. Entsprechend den relevanten Vorschriften der Zentralbank müssen sie die Kredite abwickeln.

9.

So bald wie möglich ist eine automatisierte Kontenführung und eine statistische Berichterstattung über das Management der Ankaufsmittel einzuführen. Hierfür ist die Landwirtschaftliche Entwicklungsbank zuständig.

10.

Ein System der periodischen Überprüfung der Ankaufsmittel ist einzuführen. Die Zentralbank, die Landwirtschaftsbank, die Landwirtschaftliche Entwicklungsbank und das überwachende Ministerium sind gemeinsam für die Kontrolle der Vergabe von Ankaufsmitteln verantwortlich. (Xinhua News Agency Domestic Service, Beijing, in Chinese, 9.6.95, nach SWB, 23.6.96)

Das Rundschreiben ist mit Blick auf den bevorstehenden Ankauf der Sommerernte von Bedeutung. Hierbei ist es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Problemen bei der Bezahlung der Bauern gekommen, deren Motivation hierdurch negativ beeinflusst wurde. Wie wichtig die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für den Ankauf ist, zeigte auch die Reise des stellvertretenden Ministerpräsidenten Zhu Rongji in die Provinz Henan Mitte Juni d.J. In der Provinz Henan, die zu den wichtigsten Anbauregionen für Getreide zählt, erklärte Zhu, daß eine erfolgreiche Ernte von Getreide und ölhaltigen Pflanzen sehr wichtig sei, um die Inflation zu bekämpfen. Zhu rief die Provinzen dazu auf, im Gesamtinteresse für die Erfüllung an Ankaufsquoten zu sorgen. (XNA, 14.6.95) -schü-

*(24)

Weiter anhaltende Diskussion um Getreideselbstversorgung

Ob China auch in Zukunft in der Lage sein wird, die Getreideversorgung für die Bevölkerung zu sichern, ist nach wie vor Gegenstand der Diskussion im Ausland mit entsprechenden Reaktionen im Inland.

Eine kürzlich von der OECD veröffentlichte Studie (*Agricultural Policies, Markets and Trade in China*) kommt zu dem Ergebnis, daß für China die Gefahr einer größeren Getreideknappheit besteht. Nach Einschätzung der OECD sei dies eine Folge des steigenden Verbrauchs, der die Landwirtschaft unter Druck setze. Allerdings würde die chinesische Regierung nicht auf eine massive Erhöhung der Getreideimporte zurückgreifen, um Getreideausfälle zu kompensieren. Diese Haltung, so die OECD, beschränke wiederum das Ausmaß der weiter zu erwartenden wirtschaftlichen Liberalisierung.

Den steigenden Getreideverbrauch führt die OECD auf die veränderte Ernährungsweise mit einem höheren Fleischanteil zurück. Hierfür sei der Bedarf an Viehfuttergetreide stark gestiegen. Während allerdings die Fleischproduktion jährlich um rd. 9% zwischen 1985 bis 1984 zugenommen habe, sei der Getreideoutput jährlich nur um 1,7% gestiegen. Die OECD-Studie bezweifelt, daß die Viehfuttergetreideproduktion mit der schnellen Ausweitung der Viehzucht Schritt halten kann.

Aufgrund unvollständiger und teilweise inkonsistenter Statistiken sei zwar die Prognose des Bedarfs an Viehfuttergetreide schwierig, doch könne bei einer weiterhin hohen Wachstumsrate des Verbrauchs in der Zukunft mit einem Getreidemangel gerechnet werden. (SCMP, 6.6.1995)

Nach Einschätzung des Internationalen Weizenrates (IWC) in London wird China als Importeur in Zukunft die Rolle der ehemaligen Sowjetunion einnehmen. Für 1995 korrigierte der ICW seine Prognose zur Weltweizenernte deutlich nach unten, so daß mit einem weiteren Schrumpfen der weltweiten Weizen-Vorräte gerechnet wird. Ende Juni d.J. will der ICW auf einer internationalen Konferenz die Regierungen auf die Gefahren einer weltweiten Getreideknappheit hinweisen.

Amerikanische Schätzungen des chinesischen Weizen-Importsbedarfs 1995/1996 belaufen sich auf rd. 15 Mio. t. In der vorangegangenen Periode 1993/1994 sei China noch Nettoexporteur von 8 Mio. t Weizen gewesen. (SZ, 16.6.1995)

Einwände gegen die Einschätzung, daß sich China zu einem bedeutenden Getreideimporteur entwickeln werde, er-

folgten auf der Konferenz "2020 Vision for Food, Agriculture, and the Environment" in Washington Mitte Juni d.J. Während der Konferenz wurde eine Untersuchung von Jikun Huang (China National Rice Research Institute), Scott Rozelle (Stanford University, Food Research Institute) und Mark Rosegrant (International Food Policy Research Institute) vorgestellt, die das Thema der chinesischen Importentwicklung behandelte. Die Autoren gehen in ihrem Untersuchungsbericht davon aus, daß die chinesischen Getreideimporte bis zum Jahr 2020 ein Volumen von 50 Mio. t nicht überschreiten und damit auch keine Störungen auf dem Weltgetreidemarkt verursachen werden.

Massive Importe sind dem Bericht zufolge nicht nötig, da sich die Pro-Kopf-Nachfrage einpendeln und bei höherem technischen Einsatz die Getreideproduktion steigern werde. Zu den neuen Techniken zähle u.a. die Verbesserung des Saatguts für die Reisproduktion, die einen Anstieg des Outputs um 15-20% innerhalb von vier bis fünf Jahren erlaube. (FT, 16.6.1995)

Die Prognose der Autoren weicht hinsichtlich der Importentwicklung für Getreide deutlich ab von der Vorhersage des Worldwatch Institute, das vor kurzem einen Importbedarf Chinas von rd. 400 Mio.t Getreide in naher Zukunft vorhergesagt hatte. (Siehe hierzu auch *China aktuell* 3/1995, S.195) Der auf der Washingtoner Konferenz vorgestellte Bericht geht vielmehr davon aus, daß China aus eigenen Anstrengungen heraus durch Investitionen in moderne Anbautechnologien den zusätzlichen Getreidebedarf überwiegend selbst decken wird.

Daß diese Sichtweise auch von der chinesischen Regierung vertreten wird, machte Staatsrat Song Jian Anfang Juni auf einer internationalen Konferenz von Landwirtschaftsexperten verschiedener Länder und der FAO deutlich. Song Jian erklärte, daß China auch bei einer Bevölkerung von 1,6 Mrd. im kommenden Jahrhundert in der Lage sei, die eigene Versorgung sicherzustellen. (XNA, 8.6.95)

Um den Rückgang der Getreideproduktion in den östlichen Küstenprovinzen aufzuhalten, mußten diese die Getreideanbaufläche in diesem Jahr erhöhen. So sollen Shandong, Jiangsu, Zhejiang sowie Shanghai (anschließend werden die Provinzen Anhui und Jiangxi aufgeführt, die keine Küstenprovinzen sind)

ihre Anbaufläche für Getreide auf 28,5 Mio. ha ausgeweitet haben, um einen Getreideoutput von rd. 138,1 Mio. t zu erzielen - etwas mehr als 1994. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 19.6.95, nach SWB, 21.6.95) -schü-

*(25)

Baumwolle: Statt mehr Importe höherer Output

Für 1995 rechnet die Textilindustrie mit einem geringeren Preisdruck bei Baumwolle als im Vorjahr. Ende letzten Jahres waren die Baumwollpreise fast um 20% gestiegen und hatten zu einem Gewinneinbruch für eine Reihe von Baumwollspinnereien geführt.

Da für 1995 von einem ausreichenden Angebot von Baumwolle ausgegangen wird, weisen die Preise für textile Materialien die ersten rückläufigen Tendenzen auf.

In den ersten vier Monaten d.J. importierte China 320.000 t Rohbaumwolle sowie 111.000 t bearbeitete Baumwolle. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 6.6.1995, nach SWB, 14.6.1995)

Der stellvertretende Landwirtschaftsminister wies Mitte Juni darauf hin, daß Baumwollimporte weiterhin stark beschränkt bleiben und statt dessen die eigenen Produktionskapazitäten erhöht werden müßten. (XNA, 20.6.95)

Eine Ausnahme von der strengen Reglementierung beim Baumwollimport bilden seit Mai d.J. die Städte Beijing, Tianjin und Shanghai. Ihnen wurde bereits im letzten Jahr das Recht zugestanden, die Importe auf der Basis ihres Bedarfs durchzuführen, doch stimmte der Staatsrat erst im Mai der Umsetzung dieses Beschlusses zu. (AWSJ, 20.6.95)

Während also eine gewisse Liberalisierung im Importbereich erfolgte, müssen die Baumwollexporte in diesem Jahr zu einem einheitlichen Preis durchgeführt werden, der in den Handelszentren für Baumwolle ermittelt wird. Hierdurch soll die Preisspekulation unterbunden sowie der Schwarzmarkt für Baumwolle ausgetrocknet werden. (FT, 16.6.95)

Da die Steigerung des Baumwolloutputs nicht über die Ausweitung der Anbaufläche erfolgen könne, da in diesen Fall die Flächen für den Anbau von Getreide eingeschränkt werden müßten, hält der

stellvertretende Landwirtschaftsminister nur die Outputsteigerung über die Ertragserhöhung pro Flächeneinheit für möglich. Auch eine weitere Anhebung der staatlichen Ankaufspreise sei nicht sinnvoll, da hierdurch die Relation zu den Getreidepreisen verändert würde und mit negativen Folgen für den Anbau von Getreide gerechnet werden müßte.

Mittelfristig bis zum Jahr 2000 sieht der stellvertretende Landwirtschaftsminister das Ziel der Baumwollproduktion darin, den Flächenertrag um 150 kg/Hektar zu erhöhen. Voraussetzung hierfür sei die Verwendung qualitativ höheren Saatguts, die Verbreitung von Plastikfolien, bessere Verhütung von Schädlingsplagen und die Verwendung von Chemiedünger nach wissenschaftlichen Kriterien. (XNA, 20.6.95) -schü-

*(26)

Verlagerung von Textilverarbeitungs-kapazitäten in die Westregion

Der chinesische Textilrat (China National Textile Council) hat vor kurzem einen Plan zur Verlagerung von Produktionskapazitäten der Textilverarbeitung von der Ostküste in die Provinz Xinjiang vorgelegt. Ziel ist die Auslagerung von 500.000 Spindeln innerhalb des 9. Fünfjahresplanes in die wichtigste Baumwoll-Anbauregion Chinas. Xinjiangs Baumwollernte belief sich 1994 auf 825.000 t; bis zum Jahr 2.000 ist eine Steigerung auf 1,5 Mio. t vorgesehen. Landesweit betrug die Erzeugung im letzten Jahr rd. 4,25 Mio. t.

Hintergrund für diese Entscheidung sind einerseits bestimmte Schwierigkeiten, denen sich die Textilindustrie an der Küste gegenüber sieht. Andererseits ist es ein Versuch, durch die Ost-Westkooperation die Unterschiede im regionalen Entwicklungsniveau zu reduzieren.

Die Planung der Auslagerung von Produktionskapazitäten umfaßt Textilproduzenten in Shanghai, Guangdong, Beijing, Tianjin, Shandong und Liaoning, deren Baumwollspinnereien in der letzten Zeit durch ein unzureichendes Angebot an Baumwolle sowie durch steigende Arbeitskosten unter Druck geraten waren. In der Provinz Xinjiang selber werden weniger als ein Drittel der erzeugten Baumwolle lokal verarbeitet. Im letzten Jahr transportierte die Provinz große Mengen von Rohbaumwolle in andere Regionen und mußte dadurch das ohnehin überlastete Transportnetz zusätzlich in Anspruch nehmen.

Der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji hat bereits die Unterstützung der Regierung für die Verlagerung der Textilerzeugungskapazitäten angekündigt. So sollen hierfür Kredite in Höhe von 750 Mio. Yuan (rd. 88 Mio. US\$) zur Verfügung gestellt werden. Allerdings dürften keine veralteten Ausrüstungen nach Xinjiang geliefert werden.

Xinjiang soll bereits sechs lokale Getreidemöhlen ausgewählt haben, die die neuen Spindeln aufstellen werden. Mit dem zentralen Kooperationspartner, der Stadt Shanghai, befinden sich die Verhandlungen in der letzten Phase. Shanghai hat sich außerdem bereit erklärt, Xinjiang technisch dabei zu unterstützen, eine Produktionsbasis für hochwertige Stoffe und Garne zu werden. (27.6.1995) -schü-

*(27)

Einkommensdifferenzierung am Beispiel Guangzhous

In einem Artikel im *Asian Wall Street Journal* vom 27.6.1995 wird auf die starken Einkommensunterschiede am Beispiel der Stadt Guangzhou (Hauptstadt der Provinz Guangdong) hingewiesen. Wie die folgende Tabelle zeigt, lag das monatliche Einkommen für ein Drittel der Haushalte im Jahre 1994 unter 145 US\$, rd. 17% erreichten ein Durchschnittseinkommen von 241-363 US\$ und 16% von 181-241 US\$. Am oberen Ende der Einkommensskala lagen 15% der Haushalte mit einem Einkommen von mehr als 363 US\$. Am unteren Ende der Einkommensskala lagen 1994 rd. 6% der Haushalte, die ein Einkommen von weniger als 73 US\$ im Monat hatten.

Monatseinkommen der Haushalte in Guangzhou 1994

	US\$	Prozent
weniger als	73	6,1
73 -	97	5,4
97 -	120	3,9
120 -	145	13,0
145 -	181	24,3
181 -	241	15,6
241 -	363	17,2
mehr als	363	14,7

Quelle:
Survey Research Group (China) Ltd, nach AWSJ, 27.6.1995.

Haushalte, die zu den unteren Einkommensgruppen zählen, sind überwiegend in staatseigenen Unternehmen beschäftigt, die sich in einer wirtschaftlichen Krise befinden und Verluste machen. Die Beschäftigten sind oft nur noch der Form nach in diesen Betrieben als Arbeitskräfte registriert, um ihre Anrechte auf firmeneigene Wohnungen nicht zu verlieren. Auch erhalten die Arbeitskräfte von ihren de-facto-bankrotten Unternehmen eine Grundrente gezahlt, die sie allerdings durch Nebenerwerbe aufbessern müssen, um die Lebenshaltungskosten decken zu können. Haushalte, die zu den oberen Einkommensgruppen gehören, haben Mitglieder, die in sino-ausländischen Joint Venture-Unternehmen mit englischen Sprachkenntnissen arbeiten und bis zu 1.200 US\$ im Monat verdienen können. -schü-

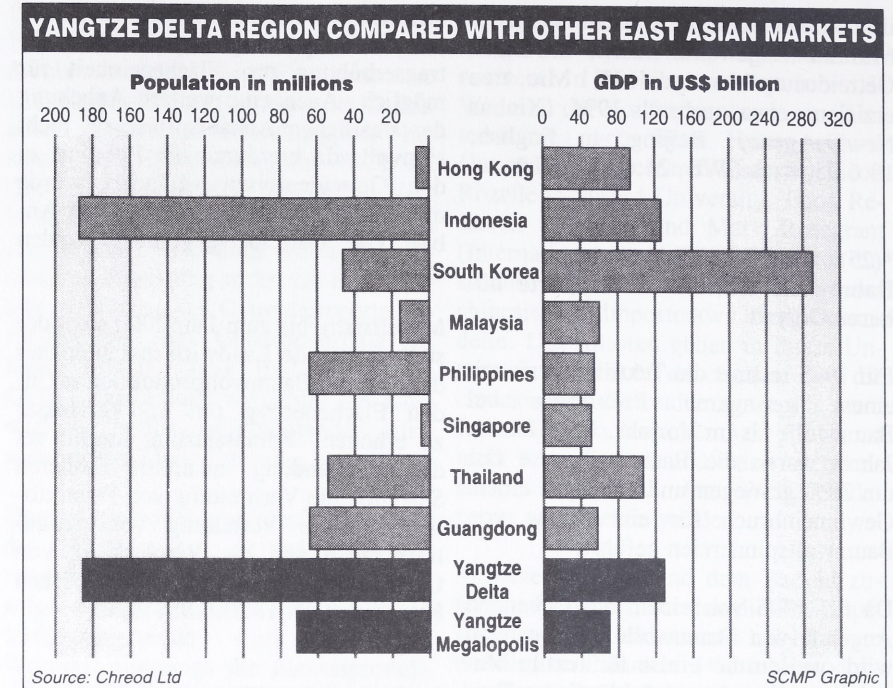
*(28)

Yangtze-Delta gewinnt an Bedeutung

Einem Bericht der Beratungsgesellschaft Chreod zufolge, erlaubt der Ausbau des Transportnetzes und der übrigen Infrastruktur den Zugang zum Binnenmarkt Yangtze-Delta bis zum Jahre 2000. Diese Region, zu der die Provinzen Zhejiang, Jiangsu, Shanghai gehören und zu der in dieser Studie auch die Provinz Anhui gezählt wird, umfaßt rund 193 Mio. Einwohner. Bis zum Jahr 2000 wird mit einem Anstieg der Bevölkerung auf 209 Mio. und bis zum Jahr 2005 mit einer Erhöhung auf 231 Mio. Menschen gerechnet.

Wie die Abbildung zeigt, ist die Region von ihrer Einwohnerzahl vergleichbar groß wie Indonesien. Durch die Verbesserung der Verkehrswege von der Yangtze-Deltaregion in die Provinzen Henan und Shandong im Norden sowie entlang des Yangtze zu den Provinzen Hubei und Sichuan könnten die Konsumgütermärkte dieser Nachbarprovinzen erschlossen werden. Für die Periode des 9.Fünfjahresplanes (1996-2000) ist der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, u.a. die Ausweitung des Straßennetzes um 4.000 km, vorgesehen.

Wie Chreod in seiner Dokumentation zeigt, erstreckt sich das Industriezentrum der Region von Nanjing nach Shanghai und weiter bis Hangzhou und Ningbo. Shanghais Rolle ist die eines Zentrums für Forschung und Entwicklung, High-Tech sowie Industrie mit hoher Wertschöpfung. Aus Kostengründen würden arbeitsintensive Industrien aus Shanghai in die Nachbarprovinzen verlagert. Nach dem Bau von



((Quelle: SCMP, 30.6.1995))

Autobahnen würden außerdem die Städte Nanjing, Shanghai, Hangzhou und Ningbo verbunden und die Jiangyin-Brücke über den Yangtze führen.

Chreod sieht jedoch die mögliche Gefahr, daß der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nicht mit dem Wachstumstempo Schritt halten könnte. Hierdurch entstehende Engpässe könnten die weitere Entwicklung beschränken. Hohe Wachstumsraten der Wirtschaftsentwicklung sind dem Bericht nach deshalb anzunehmen, weil Japan und andere Länder aufgrund der geringen Lohnkosten und eines guten Distributionssystems kontinuierlich Teile ihrer verarbeitenden Industrie in das Yangtze-Delta verlagern würden.

Bei der Entwicklung der Yangtze-Deltaregion ist Chreod zufolge mit einer Unterstützung der Zentralregierung zu rechnen, die an einem Ausgleich des Wirtschaftswachstums zwischen Guangdong, dem Yangtze-Delta und der Inlandsregion interessiert sei. Dementsprechend könne erwartet werden, daß das Yangtze-Delta durch geringere Kontrollauflagen der Zentralregierung beschränkt würde.

Chreod sieht einen großen Unterschied zwischen Yangtze-Deltaregion und Perfluß-Deltaregion (Provinz Guangdong). Während sich das Perfluß-Delta durch die Auslagerung von Produktionsprozessen aus Hongkong zu einer Exportbasis entwickelt hat, würde das Yangtze-Delta in erster Linie den Binnenmarkt beliefern. (SCMP, 30.6.95) -schü-

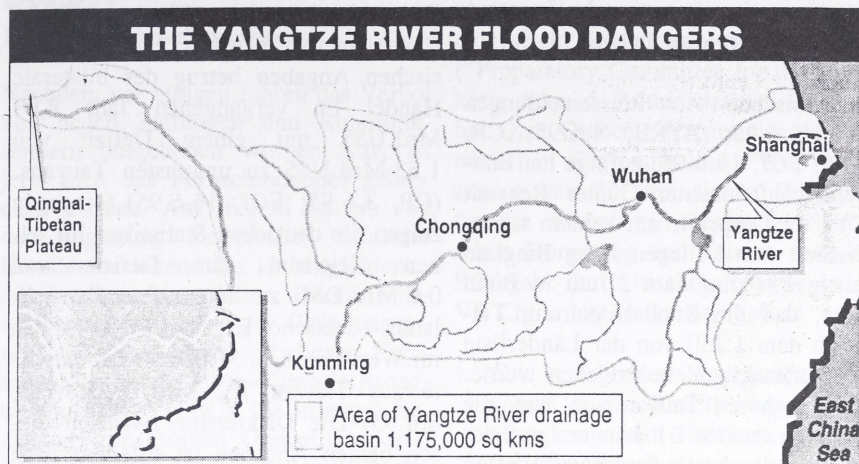
*(29)

Überschwemmungen

Durch schwere Überschwemmungen in den Provinzen Hunan, Hubei, Anhui, Sichuan, Jiangxi und Jiangsu haben Hunderte von Menschen ihr Leben verloren, und es wurden starke Verwüstungen hinterlassen.

Die Überschwemmungen der Provinzen, die im Yangtze-Becken liegen, wurden durch tagelange flutartige Regenfälle ausgelöst. In der Provinz starben bis Ende Juni mehr als 100 Menschen, Wasserbauanlagen sowie Transport-, Telekommunikations- und Energieeinrichtungen wurden zerstört. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 28.6.95, nach SWB, 29.6.95) In der Provinz Jiangxi mußten 64 Menschen ihr Leben lassen, es gab viele Verletzte und ebenfalls hohe Sachschäden. (Zhongguo Xinwen She Newws Agency, Beijing, in English, 27.6.95, nach SWB, 29.6.95)

Die *South China Morning Post* weist in einem Artikel vom 20.6.95 (siehe auch Karte) auf die Gefahr einer weiteren Verschärfung der Situation durch das Abschmelzen der Gletscher im Qinghai-Tibet-Plateau hin. Durch dieses Schmelzwasser zusammen mit dem Anstieg der Yangtze-Fluten durch starke Regenfälle könnte eine Überschwemmung vergleichbar mit der des Jahres 1954 eintreten, bei der extrem viele Menschen starben. Bis Ende Juni stieg das Wasser am unteren und mittleren Lauf des Yangtze auf über 1,5 m über den Normalpegel. (SCMP, 1.7.1995) -schü-



(Quelle: SCMP, 20.6.1995)

Taiwan

*(30)

Durchbruch in der "privaten" Reisediplomatie und Rückschlag in den halbamtlichen Kontakten mit Beijing

Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) unternahm vom 7. bis 12. Juni eine unstrittene Reise in die USA, die nicht mit Taipei, sondern mit Beijing diplomatische Beziehungen unterhalten. Wie berichtet (C.a., Mai 1995, Ü 36), hatte US-Präsident Bill Clinton unter dem starken Druck seitens des Parlaments und der Presse im eigenen Land Li am 19. Mai d.J. die Einreise zum Besuch seiner alten Alma mater, der Cornell-Universität im Bundesstaat New York, erlaubt. Zwar wurde seine Reise offiziell von Washington als eine "private" Angelegenheit bezeichnet, in Taiwan sprach man jedoch von einer "Jahrhundertreise". Taiwan befindet sich seit den r Jahren weltweit in einer politischen Isolation. Es unterhält zur Zeit nur noch mit 29 Staaten, die überwiegend klein und arm sind, diplomatische Beziehungen. Um aus der Isolation auszubrechen, betrieb Präsident Li persönlich in den letzten Jahren eine intensive "Urlaubs"- oder "Reisediplomatie". So besuchte er z.B. im Februar 1994 die Philippinen, Indonesien und Thailand und im April d.J. die Vereinigten Arabischen Emirate und Jordanien. Obwohl all diese Staaten diplomatische Beziehungen mit Beijing statt mit Taipei unterhalten, wurde Li dort von den jeweiligen Staatsoberhäuptern, Regierungschefs oder hochrangigen Politikern "inoffiziell" empfangen. (Ausführlich dazu C.a., Febr. 1994, Ü 35, April 1995, Ü 38.)

Washington, das nach Anerkennung der Regierung Beijing 1979 seine diplomatischen Beziehungen zu Taipei abbrach, hatte im letzten Jahr aus Rücksicht auf die Reaktion Beijings das Ersuchen Lis um eine Einreise in die USA zunächst abgelehnt. Es wurde ihm lediglich gestattet, auf seiner Lateinamerikareise im Mai desselben Jahres zum Auftanken seiner Sondermaschine eine Zwischenlandung ohne Einreise in Hawaii zu machen (bei der er dann aus Verärgerung gar nicht erst ausstieg). Durch verstärkten Lobbyismus von Seiten Taiwans wurde erreicht, daß das US-Repräsentantenhaus und der Senat am 2. bzw. 9. Mai 1995 mit 396:0 bzw. 97:1 Stimmen die Clinton-Administration zur Bewilligung der Einreiseerlaubnis veranlaßte.

Li Denghui ist der erste amtierende Präsident aus Taiwan - auch der erste Staatschef der Republik China seit ihrer Gründung 1911 -, der den Boden der USA betrat. Aus Rücksicht auf Beijing bemühte sich die US-Regierung, die Bedeutung von Lis Besuch herunterzuspielen. Politiker der Administration Clinton vermieden die Begegnung mit dem hohen Gast aus Taiwan, und Washington durfte Li auch nicht besuchen. In Los Angeles, der ersten Station seiner USA-Reise, wurde er von der kalifornischen Handelsministerin begrüßt. Bei seiner Ankunft im Bundesstaat New York, dem Zielort seiner Reise, traf er drei Senatoren, und während des 13-stündigen Aufenthalts in Alaska auf der Rückreise führte er mit dem dortigen Gouverneur, Tony Knowles, ein Gespräch. Am 9. Juni hielt er eine Rede an der Cornell-Universität, wo er vor 27 Jahren promoviert hatte. Ursprünglich hatte er im Anschluß an den Vortrag eine internationale Pressekonferenz halten wollen, die dann auf den Druck

Washingtons kurzfristig abgesagt wurde. Trotz alledem ist Li Denghui mit seiner USA-Reise, die er als schwieriger als eine Mondlandung beschrieben hatte, sehr zufrieden. (LHB und CP, 7.-13.6.95; ZYRB, 7.-14.6.95)

Drei Tage nach Präsident Lis Rückkehr aus den USA fand der nächste Coup der "privaten" Reisediplomatie durch Premierminister Lian Zhan (Lien Chan) statt: er unternahm auf Einladung der Prager Karls-Universität zusammen mit Bildungsminister Guo Weifan (Kuo Wei-fan) und Regierungssprecher Hu Zhiqiang (Jason C. Hu) vom 15. bis 21. Juni eine Europatour. Dies galt insbesondere deswegen als spektakulär, weil die Reise vor ihrem Antritt streng geheim gehalten worden war. Neben seinem Vortrag an der Karls-Universität führte Lian in Prag nicht nur ein Gespräch mit seinem tschechischen Amtskollegen Vaclav Klaus, sondern wurde auch von Staatspräsident Vaclav Havel im Präsidialbüro empfangen. Vor Prag hatte er in Österreich die Universität Wien besucht sowie einen Ausflug nach Budapest unternommen. Auf der Rückreise über Frankfurt a.M. wollte er eigentlich noch die Universität Heidelberg besuchen, doch die Einreise wurde ihm durch die Bundesregierung verweigert. (LHB und CP, 16.-22.6.95; ZYRB, 17.-23.6.95; FCJ, 23.6.95; NZZ, 21.-22.6.95)

Aus Protest gegen Li Denghuis USA-Reise hat Beijing am 17. Juni seinen Botschafter aus Washington zurückbeordert. Bei der Ankunft von Lian Zhan in Prag brach eine Bildungsdelegation aus Beijing ihren Besuch in der Tschechei ab, womit auch die geplante Unterzeichnung eines chinesisch-tschechischen Austauschvertrages gescheitert ist. Ferner hat Beijing unmittelbar nach dem Antritt von Lians Europareise die halbamtlichen Verhandlungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße einfrieren lassen.

Abgesehen von der Reisediplomatie ist Beijing auch über das Bestreben Taiwans nach einer Rückkehr in die UNO erbost. Taiwans Vizeaußenminister Fang Jinyan (Fang Chin-yen) hatte anläßlich des 50. Gründungstags der Weltorganisation am 26. Juni erklärt, daß Taiwan bei einer Rückkehr in die UNO bereit sei, 0,44% seines Bruttonationalprodukts (rd. 1 Mrd. US\$) für die Hilfe an Entwicklungsländer zu spenden.